

Sozialrechtliche Infos 01/2015

Frieder Claus, Heimstatt Esslingen e.V.

Unabhängige Hartz-IV-Beratung im Landkreis Esslingen

Liebe sozialrechtlich Interessierte,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Schwerpunkt der heutigen Infos liegt auf dem Sozialrecht. Am Schluss füge ich jedoch noch drei aktuelle sozialpolitische Nachrichten an. Zunächst folgende sozialrechtlichen Infos zum Jahresauftakt:

1. **„Rechtsvereinfachung“ – die Sicht des Bundesministeriums f. Arbeit + Soziales**
2. **Ausgewählte Rechtsprechung des Bundessozialgerichts**
3. **Sozialleistungen zur Existenzsicherung – Kurzüberblick und Kombinationsfähigkeit**
4. **Rückforderungen – Darlehen und Aufrechnungen nach § 42a + § 43 SGB II**

Und hier noch drei Infos zur Sozialpolitik

5. **Machen Sie mit bei einer Verfassungsklage gegen die Freihandelsabkommen CETA + TTIP**
6. **Schere zwischen Armut und Reichtum reißt weiter auf – in Deutschland und weltweit**
7. **Geldflutung zur Staatsfinanzierung – wem hilft's, wem könnte es helfen?**

Zu 1. „Rechtsvereinfachung“ – die Sicht des Bundesministeriums f. Arbeit + Soziales

Der Zeitplan zur erneuten Änderung des zweiten Sozialgesetzbuches mit den Hartz IV-Leistungen unter dem Stichwort „Rechtsvereinfachung“ hat sich wegen einem Dissens zu den Sanktionen erheblich nach hinten verschoben. Ursprünglich sollten die Veränderungen ja bereits zum 1. April 2015 Gesetz werden, der erste Referentenentwurf war auf Herbst 2014 angekündigt. Inzwischen muss mit einer mindestens halbjährlichen Verzögerung gerechnet werden.

Heimstatt Esslingen hatte die gravierendsten Verschärfungen im Schlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe markiert, allesamt Maßnahmen, die Not ohne Not vergrößern und die ohne Not weggelassen werden können. Inzwischen hat das Ministerium von Andrea Nahles Stellung zu diesen Ausführungen genommen, die zeigen, wie das BMAS hier tickt: Unsere Auffassungen werden überwiegend nicht geteilt. Lediglich bei Nr. 86 soll der vollständige Ausschluss einer Abtretbarkeit von Alg II bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfes geprüft werden. Wenigstens erfreulich, dass der Freibetrag für geringfügige Kapitalerträge von 100 € nach Nr.7 zusätzlich eingeführt werden soll, der monatliche Bagatellbetrag von 10 € nach § 1(1) Nr.1 der Alg-II-VO bleibe davon unberührt. Hier die Stellungnahme des BMAS.

Zu 2. Ausgewählte Rechtsprechung des Bundessozialgerichts

In der Anlage finden Sie Erläuterungen zu ausgewählter Rechtsprechung des BSG mit Entscheidungen zu bislang offenen Fragen. Hier zunächst die Übersicht:

[B 14 AS 10/13 R](#) vom 20.2.2014 – Zum Einsatz von Vermögen 😊

[B 14 AS 38/12 R](#) vom 17.10.2013 - Keine Aufrechnung einmaliger Einkommen nach dessen Verbrauch 😊

[B 4 AS 49/13 R](#) - Keine Übertragung nicht ausgeschöpften Grundfreibetrags auf anderes Einkommen 😞

[B 14 AS 25/13 R](#) vom 17.7.2014 – Grundfreibetrag kann aus mehreren Monaten berücksichtigt werden 😊

[B 14 AS 23/13 R](#) vom 9.4.2014 - Bei Unterbrechung der Hilfebedürftigkeit durch Erwerbseinkommen von mindestens einem Monat liegt ein „Neufall“ vor 😊

[B 4 AS 87/12 R](#) vom 12.12.13 - Bei Mietobergrenzen ohne „schlüssiges Konzept“ gelten notfalls die Wohngeldtabellenwerte nach § 12 WoGG zzgl. 10% Aufschlag 😊

[B 14 AS 60/12 R](#) v. 12.6.13 – Unangemessene von Heizkosten auch bei schlechtem baulichen Zustand ☹️

[B 14 AS 83/12 R](#) v. 12.12.2013 – Anrechnung von Nebenkostenguthaben auf abgesenkte KdU 😊 ☹️

[B 4 AS 29/13 R](#) vom 2.4.2014 - Alg I Antrag ohne Auswirkung auf Alg II, kein Herstellungsanspruch ☹️

Zu 3. Sozialleistungen zur Existenzsicherung – Kurzüberblick und Kombinationsfähigkeit

In der Hartz-IV-orientierten Sozialberatung fällt der Blick über den Tellerrand oft nicht leicht. Welche Alternativen gibt es zu Alg-II-Leistungen? Welche Sozialleistungen sind miteinander kombinierbar, welche nicht? Was sind die wichtigsten Leistungsvoraussetzungen? Im [Kurzüberblick](#) finden Sie eine Zusammenstellung.

Zu 4. Rückforderungen – Darlehen und Aufrechnungen nach § 42a + § 43 SGB II

Eine große Zahl von Leistungsbeziehenden nach SGB II ist von Erstattungen und Aufrechnungen betroffen. Viele Aufstocker können ein Lied davon singen, wenn sie bei schwankenden Einkommen in einer Flut von Änderungsbescheiden mit Rückforderungen ertrinken. Zudem zwingen die chronischen Bedarfsunterdeckungen immer wieder neu zu Darlehensaufnahmen, die aus dem Regelbedarf getilgt werden. Rückforderungen und Aufrechnungen gehören zu den größten Bedrohungen des verfassungsrechtlich geschützten Existenzminimums. Wann und wie viel darf aufgerechnet werden? Und wie lange? Können Tilgungen für mehrere Darlehen gleichzeitig abgezogen werden? Können Aufrechnungen vermieden werden?

Antworten auf diese und ähnliche Fragen finden Sie in der Übersicht auf [18 Folien](#).

Zu 5. Machen Sie mit bei einer Verfassungsklage gegen das anstehende Freihandelsabkommen CETA

Die von der EU angestrebten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) bedrohen die sozialen, ökologischen und gesundheitlichen Standards in einem bislang unbekanntem Maß. Wenn Geheimgerichte Investorenklagen außerhalb der normalen Gerichtsbarkeit entscheiden können, weil diese ihre Gewinne durch solche Standards geschmälert sehen und Staaten auf Milliarden verklagen können, werden Verbesserungen wie etwa der Mindestlohn aus Angst vor Strafen nur noch schwer möglich sein. Dritte-Welt-Länder werden weiter in die Ecke gedrängt werden, was nicht nur die Flüchtlingsströme sondern auch den Hass fördern wird. Das erste Abkommen mit Kanada ist dabei der Wegbereiter für das mit den USA.

Es ist jetzt eine Verfassungsklage als Sammelklage unterwegs, die der Rechtsprofessor Andreas Fisahn von der Universität Bielefeld formulieren wird, knapp 40.000 haben schon unterschrieben. Das ist eine Möglichkeit, direkt etwas gegen die Ungetüme zu unternehmen, egal ob mit oder ohne Kostenbeteiligung.

Hier finden sie [weitere Infos](#) dazu sowie eine [Erklärung zum Beitritt](#) der Verfassungsklage.

Zu 6. Schere zwischen Armut und Reichtum reißt weiter auf und kostet – in Deutschland und weltweit

Eine ganz unverdächtige Adresse, nämlich die Organisation der Industrieländer OECD prangert die steigende Ungleichheit in Deutschland an. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich schaffe nicht nur sozialen Unfrieden, sondern koste auch Wachstum. So hätte die deutsche Wirtschaft zwischen 1990 und 2010 um sechs Prozentpunkte stärker wachsen können, wenn die Ungleichheit auf dem Niveau von Mitte der 1980er Jahre verharret hätte. Gefordert wird eine Umverteilung zugunsten der Bildung junger Menschen aus einkommensschwachen Schichten. Hier finden Sie [weitere Infos](#) dazu.

Im nächsten Jahr werden ein Prozent der Weltbevölkerung mehr haben als der Rest der Welt. Diese schockierende Nachricht übermittelte die britische Organisation Oxfam dem Weltwirtschaftsforums in Davos und fordert, der Entwicklung gegenzusteuern. Die Oxfam-Direktorin Byanyima wird das Forum in diesem Jahr als Co-Vorsitzende leiten. Hier der lesenswerte [Bericht der Süddeutschen](#) mit wertvollen Datenlinks.

Zu 7. Geldflutung zur Staatsfinanzierung – wem hilft's, wem könnte es helfen?

Mit unvorstellbaren 1,1 Billionen Euro will die Europäische Zentralbank 19 Monate lang den Geldmarkt fluten. Als Normalbürger versteht man nicht, was Wunder wirken soll, wenn Banken diese Summen bekommen, um Staatsanleihen zu kaufen und damit übriges Geld haben, um Unternehmen besser leihen zu können. Geld ist schon so billig wie nie und in einem prägnanten Kommentar führt der [Finanzmarktexperte Dirk Müller \(„Mister Dax“\)](#) aus, dass die Unternehmen in den südeuropäischen Krisenstaaten bereits bis zum Hals in Schulden stecken und keine neuen Kredite sondern Käufer brauchen. Wem die Flut nutzt, sah man schon in den ersten Stunden an den explodierenden Börsen: die Finanzmärkte jubeln.

Wäre hier nicht ein direktes Konjunkturprogramm wesentlich wirksamer, das den Bedarf der breiten Bevölkerung deckt? Mit 1,1 Bill. Euro ließen sich zum Beispiel 11 Millionen bezahlbare Wohnungen mit je 100.000 € fördern. Dieses Programm würde ganz sicher abgenommen und nicht nur die Wohnraumversorgung entscheidend verbessern sondern viele Menschen in Lohn und Brot bringen.

Lassen Sie sich nicht unterkriegen.

Mit schwäbischen Grüßen

Frieder Claus